

„Bahnreform statt Bahnverkauf“

Beschluss:

Die Jusos im Rheingau-Taunus-Kreis begrüßen, dass die Bundesregierung angesichts der Krise der Finanzmärkte und der drohenden Weltwirtschaftskrise die geplante Teilprivatisierung der Deutschen Bahn (DB AG) vorerst abgesagt hat und unterstützt Bestrebungen innerhalb der SPD, dies auch fortan zu unterlassen. Sie beschließt daher:

- Die DB AG mit ihren Bestandteilen Schienenpersonenverkehr und Eisenbahninfrastruktur müssen zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes verbleiben, um sowohl die politische Gestaltungsmöglichkeit und die demokratische Verantwortlichkeit des Staates wie auch einen breiten, flächendeckenden schienengebundenen Personennah- und -fernverkehr als deren Kernaufgabe vollumfänglich sicherzustellen.
- Die DB AG schafft ein transparentes, attraktives und mit anderen Verkehrsangeboten verknüpftes Preissystem bis in die Fläche hinein und beendet zudem ihre Politik der Streckenstilllegungen und Bahnhofsschließungen.
- Andere Anbieter von Verkehrsleistungen im Personen- und Güterverkehr dürfen nicht diskriminiert werden, weshalb die Nutzung der Schieneninfrastruktur durch die Bundesnetzagentur geregelt werden sollte.
- Die DB AG hat ein langfristiges Finanzierungskonzept zur Veranschaulichung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung und finanziellen Belastung für den Bund zu erstellen. Der Verkauf von Anteilen an bahnfremden Tochterunternehmen soll zur Konsolidierung der DB AG beitragen, die daraus erzielten Erlöse sind zum Verschuldungsabbau und der Sicherstellung der obig genannten Ziele zu verwenden.

Begründung:

"Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten Rechnung getragen wird." (GG Art 87e Abs 4)

"Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen." (Hamburger SPD-Grundsatzprogramm 2007, S.32)

Holdingmodell widerspricht Parteitagebeschluss

Das von der Bundesregierung verfolgte Holdingmodell lässt sich nicht mit dem Beschluss des Hamburger Bundesparteitags vom 27. Oktober 2007 vereinbaren. Der Parteitag hat für eine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG klare Bedingungen gestellt:

- Erhalt des integrierten Konzerns (also keine Trennung von Netz und Betrieb),
- Eine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG ausschließlich mit stimmrechtlosen Vorzugsaktien (sog. „Volksaktien“),
- Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG gewinnen sowie
- die Infrastruktur muss das Eigentum des Bundes überführt werden.

Das nun verfolgte Holding-Modell erfüllt fast alle dieser Bedingungen nicht. Die geplante Holding-Struktur ist eine Vorstufe der Trennung von Netz und Betrieb. Die Bundesregierung prüft derzeit, mit dem Holding-Modell Stammaktien mit Stimmrecht auszugeben. Private Investoren erhalten so direkten Einfluss auf die Holding, die den

gesamten Bahnverkehr betreiben soll. Einzig die Bedingung, dass die Infrastruktur zum Eigentum des Bundes werden soll, wird vom Holding-Modell erfüllt. Das Holding-Modell widerspricht also eindeutig den Kriterien des Parteitagbeschlusses. Für diesen Fall wurde beim Hamburger Parteitag festgelegt, dass die Entscheidung dem nächsten Bundesparteitag übertragen wird. Wir erwarten von allen sozialdemokratischen Entscheidungsträger/innen, dass sie sich an die in Hamburg auf dem Bundesparteitag getroffene Vereinbarung halten.

Bahnreform statt Bahnverkauf

Die Eisenbahn ist ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aus ökologischen, aus ökonomischen und aus sozialen Gründen muss der Anteil der DB AG am Personen- und unter Wahrung lärmemissionsrechtlicher Standards auch am deutlich erhöht werden. Der Klimawandel und die Verknappung der fossilen Energieressourcen erfordern eine gründliche Reform der bundeseigenen DB AG, die ein wichtiges bundeseigenes Instrument der Klima-, Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik Deutschlands bleiben soll und muss. Die Ausdünnung des Bahnverkehrs in der Fläche und die Konzentration auf schnelle Fernverkehrsstrecken widersprechen dem eigentlichen Zweck Deutschen Bahn. Die DB AG muss in erster Linie einer optimalen Wahrnehmung ihrer Kernaufgabe als Erbringerin von schienengebundenen Nah- und Fernverkehrsleistungen in Deutschland gerecht werden. Nicht alle Glieder der Mobilitätskette muss die DB AG selbst vorhalten. Die DB AG soll nicht ausländische und bahnfremde Verkehrsunternehmen erwerben und beherrschen, sondern mit anderen Verkehrsunternehmen gemeinsame Angebote im Güter- und Personenverkehr machen. Die DB AG hingegen hat die Fahrpreise im Personenverkehr seit 2004 um rund 22 Prozent erhöht mit dem Ziel, ihre Bilanz für einen Börsengang zu verbessern.

Quelle:

- Peter Conradi – „Bahnreform statt Bahnverkauf“
- Dr. Hermann Scheer/Peter Friedrich – „Die Bahn: Zukunftsinvestment aller Bürger“